



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831 - 33
Fernschreiber 0886890

8/XIII/33 - 8. Februar 1958

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
	Ulbricht stützt SED-Präminenz Pankows Krieg im Innern	44
2	"Truppenabzug schwächt nicht den Westen" Die Stimme eines britischen Militärexperten	52
3 - 4	Ein Marschall in der Spitze der Pariser Militärverwaltung? Gerüchte um eine neue Regierungsverordnung	47
	Jüngere Jahrgänge überwiegen Interessante Zahlen aus dem Mitgliederzensus der SPD	20
5 - 7	Das Loch über dem Kopf Ergebnisse der Wohnungsbaupolitik 1956/57 Von Helene Wessel - MdB.	147
Anhang:	Kommuniqué von der Sitzung des Parteivorstandes der SPD am 7. Februar 1958 in Bonn	31

* * * * *

Ulbricht stürzt SED-Prominenz

sp. Für die Kenner der Zonenverhältnisse gehörte nicht viel Phantasie zu der Voraussage, daß der Jahresanfang 1958 wesentliche Umwälzungen im Parteiapparat der SED bringen würde: schon auf dem Oktober-Plenum hatte Ulbricht eine Parteisäuberung in dunklen Worten angedeutet. Und wer das nicht ernst nehmen wollte, den belehrten die Selbsterfleischungen, die monströsen Kritiken, die Cassandrarufe hinter den verschlossenen ZK-Türen. Es konnte so nicht weitergehen in der SED, deren Hauptfunktionäre tieferschrocken feststellten, daß der Parteiapparat bis in die Spitzen hinein zersetzt ist.

Jetzt ist der Prominentensturz da. Kaderchef Schirdewan, der Mann, dem man nachsagte, er sei der Linientreuesten einer und er rangiere gleich hinter Ulbricht, mußte von der ZK-Bühne abtreten. Die Parteifärsch forderte den Kopf des Oberfunktionärs, dem es nicht gelungen war, die personelle Apparatur in Ordnung zu halten, die Kleinen und mittleren Manager in den Parteibüros der Städte und Betriebe vor Anfechtungen des "Revisionismus" zu bewahren. Auch der gewesene Staatssicherheitsminister Wollweber stürzte aus dem ZK hinaus und der Wirtschaftsexperte Gellssner mußte seinen Stuhl im Politbüro räumen.

Die Gestürzten sind nicht als Rebellen im landläufigen Sinne zu bezeichnen, mehr hat sie der Druck von unten dazu gemacht: die Wirtschaftsmisere, die Unzufriedenheit der Bevölkerung und immer weiterer Kreise der Parteimitgliedschaft, der Widerstand der Arbeiter und Bauern gegen die angekündigte Normenerhöhung. Weil sie einsahen, daß man dem Volkswilligen Ventil schaffen muß, wenn der Überdruck im Volke nicht die Gefahr einer neuen Explosion heraufbeschwören soll, gerieten sie zwangsläufig in eine Oppositionsstellung zu Ulbricht. Der aber piff auf alle guten Ratschläge der "weichen Männer" und steuerte weiter seinen harten Kurs, jeden "Abweichler" als "Kapitulanten", "Revisionisten", "Klassenfeind" verächtlich. Ulbricht gab kein Pardon. Weil sie keinen Ausweg mehr sahen, begingen zwei Funktionäre Selbstmord: der ZK-Sekretär Eiller zuerst und jetzt, in diesen Tagen, der Leipziger Philosophiedozent und Alt-Kommunist Dr. Horn.

Ein wichtiger Mann, hat sich die Gunst Ulbrichts erhalten: der FDGB-Chef Warnke. Er will die geforderten Normenerhöhungen und Lohnsenkungen durchziehen, koste es, was es wolle. Aber der Preis wird hoch sein. Ulbrichts harter Kurs, seine rigorose Parteisäuberung, werden die Verhältnisse keinesfalls im gewünschten Sinne bessern. Die Depression unter Funktionären und Mitgliedschaft ist so nicht auszuräumen und der Widerstand aus der Bevölkerung erst recht nicht. Das Gegenteil wird der Fall sein. Von Tag zu Tag wird deutlicher, wie aufgeweicht der Parteiapparat durch den sogenannten Revisionismus ist, unter dem heute der heißbekämpfte "Sozialdemokratismus" firmiert.

"Truppenabzug schwächt nicht den Westen"

1er- Die Diskussion um den Rapacki-Plan kommt nicht zum Verstummen. Den neuesten Beitrag dazu lieferte der britische Luftmarschall Sir John Slessor, ein auf seinem Gebiete anerkannter Fachmann. Er spricht mit Autorität. Dieser britische Militärexperte sieht in der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und einem damit verbundenen Truppenabzug aus beiden Teilen Deutschlands nicht eine Schwächung des Westens oder gar eine tödliche Gefährdung der NATO. Er unterscheidet sich damit wesentlich vom Bundeskanzler Adenauer und dem Verteidigungsminister Strauss. Beide Männer sehen im Rapacki-Plan ein überschaubares sowjet-russisches Täuschungsmanöver, dazu bestimmt, den Westen einzulullen und ihn bolschewisierungsfähig zu machen. Beide Männer setzen zur Verhinderung des Rapacki-Planes ihren ganzen Einfluss ein. Sie können dabei auf die Unterstützung Washingtons hoffen, das dieser Tage eine Drahtanweisung an alle seine ausländischen Missionen ergehen liess mit dem ausdrücklichen Vermerk, der Rapacki-Plan sei für die USA unannehmbar, weil er die Konzeption des NATO-Schildes unterhöhle und das Gleichgewicht einseitig zugunsten der Sowjet-Union verändere.

Wie kann man aber überhaupt zu einer Einstellung des Waptrüstens gelangen, wenn man nicht einmal den Versuch unternimmt, auf einem Gebiet, auf dem die Gegensätze zwischen West und Ost zusammenprallen, Zonen der Entspannung zu schaffen? Zur Zeit erörtert der ständige NATO-Rat in Paris die Frage, mit welchen Gegenvorschlägen man den Sowjets bei den Vorbereitungen für die Gipfalkonferenz begegnen könnte. Politische Vernunft scheint bei diesen Beratungen nicht Pate zu stehen. So bestehen die Amerikaner darauf, dass ihre Truppen auf deutschem Boden verweilen und mit den allermodernsten Waffen - also mit Atomwaffen und Mittelstreckenraketen und den dazu gehörenden Abschussbasen - ausgestattet werden. Gehen die Amerikaner mit dieser Vorstellung in das weltpolitische Gespräch mit den Sowjets hinein? Dann wird vom Rapacki-Plan kaum etwas übrigbleiben. Bisher sind auf alle militärischen Züge der USA entsprechende sowjetische Gegenzüge gefolgt, auf die deutsche Situation bezogen heisst dies, dass dann jenseits des Eisernen Vorhanges ähnliche Basen mit Mittelstreckenraketen errichtet würden. Was gäbe es dann noch über Entspannung, Abrüstung, weltpolitischen Ausgleich und Wiedervereinigung Deutschlands zu diskutieren? Selbst der CDU-Abgeordnete Kiesinger, diesmal einer besseren Einsicht folgend, sagte kürzlich in einem Rundfunkgespräch mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Erler, eine Wiedervereinigung in Freiheit sei schlecht dankbar, wenn sich auf die Dauer gehalten die militärische Kraft auf beiden Seiten gegenübersteht. Warum will man es jetzt zu einer Zusammenballung militärischer Macht in ihrer gefährlichsten Form kommen lassen? Jede Verteidigung mit Atomwaffen im mitteleuropäischen Raum müsste zum weltweiten Atomkrieg führen. Diese Binsenwahrheit scheint leider noch nicht Eingang bei allen Regierungen gefunden zu haben. Das Denken in ausschliesslich militärischen Kategorien bedeutet das Ende jeder Politik.

Der britische Luftmarschall denkt zum Unterschied mancher seiner Kollegen in Bonn und in Washington auch politisch; er hat die Fruchtlosigkeit, ja die Gefährlichkeit eines Waptrüstens erkannt, das beide Teile Deutschlands zu einem Arsenal der schrecklichsten Vernichtungswaffen machen würde. Wird man seine Mahnung und seinen Rat ebenso leichtfertig in den Wind schlagen, wie es bisher mit den Warnungen anderer einsichtiger Männer geschah?

Ein Marschall in der Spitze der Pariser Militärverwaltung?

-E-, Paris

Das "Journal officiel" der französische Staatsanzeiger veröffentlichte vor einigen Tagen eine Verordnung, die besagt, dass das Militärgouvernement von Paris von einem Marschall oder einem Offizier im Generalsrang ausgeübt wird. Diese Verordnung gilt als Ausführungsbestimmung einer anderen Regierungsmassnahme, die am 27. Dezember 1956, also zur Zeit der Regierung Guy Mollet und des Verteidigungsministers Bourges-Maunoury getroffen wurde. Die jetzt veröffentlichte Verordnung rief Aufsehen hervor und man schloss daraus, dass es Absicht der Regierung Gaillard und seines Verteidigungsministers Chaban-Delmas sein könnte, tatsächlich jetzt einen Marschall zum Pariser General-Gouverneur zu ernennen. Von dem bewirkten Aufsehen zu Gerüchten und Hypothesen ist bekanntlich der Weg nur kurz.

Es gibt in Frankreich gegenwärtig nur einen Marschall: Alphonse Juin, den ehemaligen Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa-Mitte. Seine Ernennung zum Marschall erfolgte ebenso wie die Ernennungen zur gleichen Würde der verstorbenen Generale de Lattre de Tassigny und Leclerc nicht etwa, wie es bis dahin ⁱⁿ Frankreich üblich war, nach einem gewonnenen Krieg für die auf dem Schlachtfeld erworbenen Lorbeeren, sondern vorwiegend aus politischen und nicht militärischen Gründen, viele Jahre nach Kriegsende. Da es keinen anderen lebenden französischen Marschall gibt, war der Gedanke seiner bevorstehenden Ernennung zum Generalgouverneur von Paris nicht ganz abwegig.

Marschall Juins Ambitionen sind ebenso bekannt, wie seine oftmals aggressive Haltung gegen die jeweiligen Regierungen. Der frühere Ministerpräsident René Pleven wusste in seiner Eigenschaft als Verteidigungsminister ein Lied davon zu singen. Marschall Juin steht nämlich auf dem Standpunkt, als Marschall von Frankreich stehe er im Rang über den Minister und folge seiner Würde entsprechend den Staats- Parlaments- und Ministerpräsidenten. Die Möglichkeit der Ernennung Marschall Juins rief deshalb in gewissen politischen Kreisen eine Reihe Befürchtungen hervor. Diese sagten, es sei nicht gerade empfehlenswert, den streitbaren Marschall zum Pariser Generalgouverneur zu machen und dadurch gewissermassen mit dem Feuer spielen.

Offenbar hat man aber in den verantwortlichen Kreisen gar nicht an Marschall Juin gedacht. Verteidigungsminister Chaban-Delmas ist

8. Februar 1958

2/XIII/33

Gaullist. Die Annahme ist nicht unerlaubt, dass er weit eher an sein Idol, General de Gaulle dachte, der zwar bereits einmal die Annahme der Marschallwürde abgelehnt hatte, aber vielleicht dem Druck seiner Freunde heute doch nachgeben könnte. - Dagegen spricht allerdings, dass General de Gaulle auf äussere Würden wenig Wert legt und verzichten dürfte, aus durchaus nationalen Gründen sein Prestige als einstiger Chef der französischen Widerstandsbewegung, unbelastet von taktischen und politischen Erwägungen zu erhalten, denn er hat sicherlich bis heute weder die aus dem Misserfolg der gaullistischen Sammlungsbewegung (RPF) gezogenen Lehren, noch das politische Versagen seiner nächsten Mitarbeiter vergessen. Sollte de Gaulles Stunde noch einmal schlagen, dann sicherlich in anderer Weise, als über das Amt eines Generalgouverneurs von Paris.

* * *

Jüngere Jahrgänge überwiegen

sp- In den Jahren 1956/57 hat die deutsche Sozialdemokratie 82 000 Neuzugänge zu verzeichnen, ein eindrucksvoller Beweis für die Anziehungskraft dieser Partei, die fast auf eine hundertjährige Geschichte zurückblicken kann. An diesen Neuzugängen haben alle Schichten der Bevölkerung Anteil. Ein besonders starker Zugang erfolgte von den jüngeren Jahrgängen. So sind 54,1 % der neu aufgenommenen Mitglieder bis 40 Jahre und 79,9 % aller Neuzugänge bis 50 Jahre alt. Mit 53,5 % stellen die Arbeiter mehr als die Hälfte der in diesen zwei Jahren der SPD beigetretenen Mitglieder. Der Rest umfasst Angestellte, Beamte des öffentlichen Dienstes, Rentner, selbständig Schaffende, freie- und geistige Berufe und Hausfrauen. Die Arbeitnehmer sind nach wie vor der Kern der Sozialdemokratie, gewissermassen ihre Hausmacht, aber die Sozialdemokratie ist über den Rahmen einer reinen Arbeiterpartei schon weit hinausgewachsen, sie umfasst heute alle Schichten der Bevölkerung. Sie braucht keine Volkspartei zu werden, wie ihr so oft angeraten wird, sie i e t es schon. Die geistig beweglichen Kräfte und vor allem die Jugend unseres Volkes sehen heute in der Sozialdemokratie ihre politische Heimat. Darin liegt ihre Stärke und ihre Bedeutung als ein unübersehbarer Faktor der deutschen Politik. Eine Partei, die sich auf solche Kräfte stützen kann, braucht um ihre Zukunft nicht zu bangen.

* * *

- 5 -

Das Dach über dem Kopf

Von Helene Wessel - MdB.

Nach der am 25. September 1956 durchgeführten Wohnungserhebung wurden 12,73 Millionen Normalwohnungen gezählt; ausserdem in Westberlin rund 760 000 Wohnungen. Gegenüber der letzten Wohnungszählung am 13. September 1950 mit rund 9,44 Millionen Wohnungen im Bundesgebiet und 640 000 Wohnungen in Westberlin beträgt die Zunahme 3,41 Millionen Wohnungen. In dieser Zunahme kommt der umfangreiche Wohnungsbau in der vergangenen sechs Jahren, insbesondere die öffentliche Förderung des sozialen Wohnungsbaues deutlich zum Ausdruck.

Den grössten Anteil an den 12,73 Millionen im Bundesgebiet vorhandenen Wohnungen hatten mit 31,4 Prozent die Drei- und mit 26,6 Prozent die Vierraumwohnungen. Es folgen die Zweiraumwohnungen mit 15,1 Prozent, und die Fünfraumwohnungen mit 12,9 Prozent. Nur jede achte Wohnung hatte mehr als fünf Räume (6 Räume 6,4 Prozent, 7 und mehr Räume 3,7 Prozent). Am niedrigsten sind die Einraumwohnungen mit 1,9 Prozent. In dieser Berechnung sind die Küchen als Raum mitgezählt, dagegen keine Kochnischen und keine Nebenräume wie Bad, Speisekammer, Diele usw. Gegenüber der Wohnungszählung von 1950 ist der Anteil der Grosswohnungen zugunsten der Mittel- und Kleinwohnungen zurückgegangen. Der Grund dafür ist, dass der soziale Wohnungsbau in erster Linie die Mittel- und Kleinwohnungen gefördert hat.

Durchschnittlich im Haushalt drei Personen

Insgesamt wurden am 25. September 1956 rund 16,37 Millionen Haushalte mit rund 49,74 Millionen Personen gezählt. Die Zahl der Haushalte hat um 7,6 Prozent gegenüber 1950 zugenommen. Von besonderer Bedeutung für die Wohnungsversorgung ist die Gruppierung der Haushalte nach der Personen- zahl. Knapp die Hälfte (49 Prozent) Haushalte umfasste zwei und drei Personen. 17 Prozent zählten vier Personen, 16 Prozent waren fünf und mehr Personen stark. Die restlichen 18 Prozent waren alleinstehende Personen. Im Bundesdurchschnitt hatte ein Haushalt drei Personen. Dabei ergab sich, dass die Familien in den Städten kleiner sind.

Von Interesse ist auch das Mietverhältnis der Haushalte in Normal- wohnungen. Rund 4,64 Millionen - 29 Prozent aller Haushalte lebten als Haus- oder Wohnungseigentümer in ihren Wohnungen. Weitere rund 6,02 Milli- onen Menschen waren Hauptmieter und rund 3,30 Millionen Untermieter. Auch in diesen Zahlen spiegelt sich die grosse Verbesserung der Wohnverhältnisse seit 1950 wider, indem einerseits ein erheblicher Teil der Untermieter inzwischen Wohnungsinhaber geworden ist und andererseits ein entsprechender Teil der Wohnungsinhaber nicht mehr die Wohnung zu teilen braucht.

Ausser den 12,73 Millionen Normalwohnungen wurden noch rund 480 000 bewohnte Wohnungen gezählt. Das ergibt auf 100 Normalwohnungen 3,8 Not- wohnungen. 1950 betrug der Anteil der Notwohnungen noch 5,4 Prozent. Den stärksten Rückgang an Notwohnungen weisen Westberlin, Hamburg und Baden- Württemberg auf. In den 480 000 Notwohnungen lebten rund 610 000 Haushal- tungen. Hierbei handelt es sich um einen Personenkreis, der vorrangig in normale Wohnungsverhältnisse übergeführt werden muss.

Vom Krieg besonders betroffene Haushalte

Die Wohnungserhebung vom 25. September 1956 gibt auch besonderen Auf- schluss über die Wohnverhältnisse der vom Krieg besonders betroffenen Haus- halte. Ein beträchtlicher Teil dieser Haushalte hatte seine frühere Unter- kunft verloren, sei es als Ausgetombte, Vertriebene oder Sowjetzonenflücht- linge. Diese Wohnungsgeschädigten mussten zunächst in den vom Kriege ver- schont gebliebenen Wohnraum - meist als zugewiesene Untermieter - oder in Lagern bzw. sonstigen Massenunterkünften untergebracht werden. Bund, Län- der und Gemeinden betrachteten es aber als eine ihrer wichtigsten sozialen

Aufgaben, diese Bevölkerungsgruppen möglichst schnell wieder mit Wohnungen zu versorgen, was durch Bereitstellung erheblicher öffentlicher Mittel geschehen ist. Den vom Krieg besonders betroffenen Bevölkerungskreisen gegenüber bestanden auch rechtlich Verpflichtungen hinsichtlich ihrer wohnungsmässigen Eingliederung durch das Lastenausgleichsgesetz und Bundesvertriebenengesetz. Es ist nun über elf Jahre nach Kriegsende besonders interessant, anhand der 1956 durchgeführten Befragung aller Haushalte im Bundesgebiet festzustellen, wie sich diese Bemühungen ausgewirkt haben. Von rund 16,57 Millionen Haushaltungen hatten nur 10,95 Millionen - 66,1 Prozent keinen Wohnungsschaden erlitten. Unter diesen befinden sich auch solche Haushalte, die erst nach dem Kriege gegründet wurden, so dass die Zahl derjenigen, die der Krieg ohne Wohnungsschaden durchgestanden haben, noch kleiner ist.

Wesentliche Unterschiede bestehen in den einzelnen Bundesländern hinsichtlich des Umfanges der Wohnungsgeschädigten. So beträgt der Anteil der Geschädigten an allen Haushaltungen im Bundesgebiet durchschnittlich 35,9 Prozent, dagegen in:

Hamburg	50,5	Prozent
Schleswig-Holstein	41,9	"
Bremen	40,3	"
Niedersachsen	39,9	"
Hessen	35,1	"
Nordrhein-Westfalen	34,5	"
Bayern	31,9	"
Baden-Württemberg	27,9	"
Rheinland-Pfalz	20,2	"
Westberlin	39,5	"

Bei den 5,61 Millionen (= 33,3 Prozent) Haushaltungen mit Wohnungsschäden handelt es sich

bei 2,87 Mio. = 17,3 Prozent um Vertriebene
bei 2,12 Mio. = 12,8 Prozent um sonstige Wohnungsgeschädigte
bei 0,46 Mio. = 2,8 Prozent um Zugewanderte
bei 0,16 Mio. = 1,0 Prozent um Sowjetzonenflüchtlinge.

Bei den beiden letzten Gruppen ist zu bemerken, dass es sich bei der über die Zonengrenze kommenden Personenzahl zu einem beachtlichen Teil um Jugendliche handelt, die in anderen Haushaltungen aufgenommen werden und darauf nicht als eigene Haushalte auftreten.

Unterschiedlicher Anteil der Vertriebenenhaushalte

In den einzelnen Ländern weichen die Verhältnisse zum Teil stark vom Bundesdurchschnitt ab. Wie zu erwarten war, ist der Anteil der Vertriebenen-Haushalte in den Ländern, in die sich ursprünglich der Flüchtlingsstrom zuerst ergoss, besonders hoch. Er beträgt in Schleswig-Holstein 30 Prozent, Niedersachsen 26,7 Prozent, Bayern 19,5 Prozent, Hessen 18,2 Prozent. Am niedrigsten ist er in Rheinland-Pfalz mit 7,8 Prozent.

Naturngemäss kommt die Stellung Westberlins als besonders bevorzugtes Einwanderungs- bzw. Aufnahmegebiet früherer Bewohner der Sowjetzone oder Ostberlins in der Wohnungstatistik stark zum Ausdruck. Von den rund 574 000 in der Bundesrepublik und Westberlin Zugewanderten leben allein rund 110 600 = 19 Prozent in Westberlin, mehr als in jedem anderen Land, mit Ausnahme des grössten Landes, Nordrhein-Westfalen (149 000). Die Haushalte von Zugewanderten machen 11 Prozent aller Haushalte von Westberlin aus und stellen damit für diese Stadt, im Gegensatz zu den übrigen Ländern der Bundesrepublik, ein grösseres Problem als die Haushalte von Vertriebenen mit 8,1 Prozent dar.

Bei den sonstigen Wohnungsgeschädigten ist der Anteil umso höher, je stärker das Land von den Kriegszerstörungen getroffen worden ist. Über

dem Bundesdurchschnitt von 12,6 Prozent war der Anteil der sonstigen Wohnungsgeschädigten in Hamburg 34,3 Prozent, Bremen 25,1 Prozent, Westberlin 19,0 Prozent, Nordrhein-Westfalen 16,6 Prozent. Bei den in Notwohnungen, Lagern und dergleichen lebenden Haushalte stehen die Zugewanderten an der Spitze. Beim Ländervergleich fällt auf, dass in Schleswig-Holstein 12 Prozent der Vertriebenen, in Bremen und Hamburg 11 bzw. 10 Prozent der Zugewanderten in Notwohnungen und Lagern leben.

Es fehlen noch 2,33 Millionen Wohnungen

Ein Vergleich hinsichtlich der Vertriebenen mit der Wohnungszählung 1950 ergibt eine wesentliche Verbesserung der Wohnungsverhältnisse bei den Vertriebenen. Die Zahl der Vertriebenen-Haushalte im Bundesgebiet ist von 2,59 Millionen im Jahre 1950 auf 2,87 Millionen im Jahre 1956, also um 280 000 = 10,7 Prozent, durch weiteren Zustrom und durch Neugründung von Haushalten mit Vertriebenen als Haushaltsvorstand erhöht worden. Trotz dieser Haushalts-Zunahme waren 1956 Inhaber einer Wohnung 63 Prozent, während ihr Anteil 1950 nur 22 Prozent betrug. Auch die absoluten Zahlen zeigen deutlich die Verbesserung der Wohnverhältnisse der Vertriebenen. 1950 waren rund 580 000 Vertriebenen-Haushalte Inhaber einer Wohnung, 1956 jedoch 1,81 Millionen. Das sind 1,23 Millionen mehr. Bezogen auf die 2,59 Millionen Vertriebenen-Haushalte 1950 bedeutet das: Jede zweite Vertriebenen-Familie erhielt in den letzten sechs Jahren eine Wohnung als Inhaber und konnte damit das Untermieterdasein (in den 1950 noch 66,6 Prozent) und das Lagerdasein (1950 noch 11 Prozent lebten) aufgeben. Bei den Nichtvertriebenen wurde im gleichen Zeitraum nur jeder sechste Haushalt Wohnungsinhaber.

Der Zugang von 3,2 Millionen Normalwohnungen gegenüber 1950 kam zu 1,2 Millionen oder 38 Prozent den Vertriebenen-Haushalten zugute. In dem Gesamtbestand von 12,73 Millionen Normalwohnungen waren sie bei der Zählung 1956 zu 14 Prozent als Inhaber beteiligt, bei einem Anteil der Vertriebenen-Haushalte von rund 17 Prozent an allen Haushaltungen in der Bundesrepublik. Die Wohnverhältnisse der Nichtvertriebenen-Haushalte gegenüber 1950 haben sich nicht in dem gleichen Masse verbessert. Der Anteil der Wohnungsinhaber innerhalb dieser Gruppe stieg von 69 Prozent auf 79,3 Prozent.

Nach der Wohnungserhebung von 1956 wird mit einem noch vorhandenen Bedarf von 2,33 Millionen Wohnungen gerechnet, gegenüber 4,56 Millionen Wohnungen 1950. (Als Quelle wurde benutzt: "Wirtschaft und Statistik", Heft 7 und 8, Jahrgang 1957).

Verantwortlich: I.V. Albert Exler

6. Februar 1958

Kommuniqué von der Sitzung des Parteivorstandes der SPD
am 7. Februar 1958 in Bonn

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands legte in seiner letzten Sitzung die Tagesordnung für den vom 18. bis 23. Mai in Stuttgart stattfindenden Parteitag fest.

Den Auftakt des Parteitages wird das Referat des Vorsitzenden Erich Ollenhauer bilden.

Nach einem Bericht des Vorstandsmitgliedes Herbert Wehner über die Besprechungen im Kuratorium "Unteilbares Deutschland" zum fünfjährigen Jahrestag des Aufstandes am 17. Juni in der sowjetischen Besatzungszone sprach sich der Vorstand sowohl gegen die Aufhebung des gesetzlichen Feiertages in der Bundesrepublik, wie auch gegen den Versuch aus, einen sogenannten Opfertag einzuführen.

Der Parteivorstand beschloss, die Vorstandsmitglieder Max Brauer und Wilhelm Mellies zur Zehnjahresfeier aus Anlass des Bestehens des Staates Israel nach Israel zu delegieren. - Die Vorstandsmitglieder Willi Eichler und Erwin Welke werden die SPD als Delegierte auf den Parteitag der österreichischen Sozialisten vertreten.

Ausführliche Berichte gaben die Vorstandsmitglieder Willi Eichler, Dr. Adolf Arndt und Dr. Walter Manzel über die Tagung der Katholischen Akademie, die anfangs dieses Jahres in München stattgefunden hat und an der namhafte Katholiken und Sozialdemokraten teilnahmen. Übereinstimmend wurde festgestellt, dass diese Begegnung zur Klärung der Standpunkte beigetragen hat. Auch in der Anfang März stattfindenden Sitzung des Parteiausschusses wird ausführlich über die Münchener Tagung gesprochen werden.

Vorstandsmitglied Max Kukil teilte mit, dass die SPD in den Jahren 1956/57 insgesamt 82.116 Neuaufnahmen zu verzeichnen hat. 54,1 Prozent der neu aufgenommenen Mitglieder gehören den jüngeren Jahrgängen bis zu 35 Jahren an; 79,9 Prozent aller neuen Mitglieder sind unter 50 Jahre alt. Die Berufsstruktur der neu aufgenommenen Mitglieder ergibt folgendes Bild: 53,5 Prozent Arbeiter, 21,6 Prozent Angestellte und Beamte, 10,3 Prozent Hausfrauen.

+ + +